



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484  
FAX: (030) 227 – 76992  
E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

Berlin, 10. Juli 2007

**Zum Thema „Ausbildung für Alle“ erklärt der Berichterstatter  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Berufliche Bildung,  
Uwe Schummer MdB:**

Der Arbeitsmarkt ist in Bewegung. Im Zweijahresvergleich sank die Arbeitslosigkeit um über 1 Million. Zeitverzögert folgt auch der Ausbildungsmarkt. Im letzten Jahr stieg die Zahl der Ausbildungsplätze um etwa 5 %; der Trend in diesem Jahr zeigt eine Steigerung um weitere 10 %.

Der Ausbildungspakt wurde verbessert und verlängert. Es zeigt sich: Ausbildung schafft man nur mit der Wirtschaft, nicht gegen sie. Wichtig ist auch, dass der Bundesverband der freien Berufe als drittstärkster Ausbilder in den Pakt eingetreten ist. Erstmals seit sechs Jahren besteht die Möglichkeit, dass in diesem Ausbildungsjahr allen Schulabgängern eine Berufsausbildung angeboten wird.

Hinzu kommen jedoch über 300.000 Schulabgänger, die vor mehr als einem Jahr aus der Schule entlassen wurden und noch keine Ausbildung gefunden haben. Bundesweit gibt es 1,3 Millionen Schulabgänger bis 29 Jahre ohne eine berufliche Qualifizierung. Dies schafft der Ausbildungspakt nicht alleine. Er bedarf der Ergänzung.

Deshalb haben Union und SPD einen gemeinsamen Antrag „Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern“ in den Deutschen Bundestag eingebracht. Er soll frühzeitig alle Beteiligten darüber informieren, mit welchen Instrumenten die Altbewerberthematik gelöst werden kann, um „Ausbildung für Alle“ zu schaffen. Hierzu gehören:

- das Sonderprogramm „Einstiegsqualifizierung Jugendlicher“. Es wird mit 40.000 Plätzen fortgesetzt. Die Weitervermittlungsquote von etwa 60 % zeigt den Erfolg. Einstiegsqualifizierungen sollen mit Ausbildungsbau-steinen kombiniert werden, um Ausbildungszeiten bei der Nachvermittlung zu sparen.

**PRESSMITTEILUNG**

- die Entwicklung von Ausbildungsbausteinen durch das Berufsbildungsinstitut aus den zwölf wichtigsten Ausbildungsberufen. Sie orientieren sich am Berufsbildungsgesetz und sollen Kompetenzen vermitteln, die im jeweiligen Berufsbild verankert sind. Dabei wird auch eine Zertifizierung über die Kammern angestrebt.
- die Aussetzung der Bestimmung für benachteiligte Auszubildende, vor einer außerbetrieblichen Ausbildung eine sechsmonatige berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme zu besuchen.
- der in der letzten Parlamentswoche beschlossene Qualifizierungskombilohn für langzeitarbeitslose Jugendliche. Die Kombination aus Lohnkostenzuschuss und Qualifizierung soll mit einer Förderung von bis zu 1.000 Euro monatlich für eine Vollzeittätigkeit begleitet werden.
- ausbildungsbegleitende Hilfen, um benachteiligten Jugendlichen ergänzende Förderkurse anzubieten und so Ausbildungsbetriebe zu entlasten.
- zur Verbesserung der Berufsorientierung ein Patensystem in Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur für Arbeit, Schulen und Wirtschaft zu entwickeln, um die Abbrecherquote von 25 % zu senken.
- die Umsetzung der Berufsbildungsreform von 2004, wonach verstärkt Zwischenabschlüsse in der Berufsausbildung geschaffen werden. Die stufenweise Organisation von Berufsbildern öffnet Einstiegskorridore für praktisch Begabte. Faktisch sind von den 342 Berufsbildern nur noch 15 % für Hauptschüler geöffnet. Die Kombination von Stufenausbildung und Weiterbildung beseitigt Zugangsbarrieren.

Die Bundesregierung wird unter Federführung von Bildungsministerin Annette Schavan eine „Nationale Qualifizierungsinitiative“ entwickeln, die ressortübergreifend sicherstellt, dass die Zahl der Schüler ohne Abschluss deutlich reduziert wird und dass zukünftig jeder Schulabgänger, der ausbildungswillig ist, eine Berufsausbildung erhält.

Es soll ein Bonussystem überprüft werden, um die Unternehmen zu unterstützen, die über ihren Bedarf ausbilden. Sinnvoll ist eine Zuwendung an Betriebe, die im Vergleich zu den letzten drei Jahren zusätzlich oder erstmals ausbilden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, um den Altbewerberanteil abzubauen. Der Bonus könnte bis zu 5.000 Euro für einen Ausbildungsvertrag betragen. Nicht sinnvoll wäre ein Lastenausgleich zwischen ausbildungsstarken Betrieben und ausbildungsschwachen Betrieben über die Sozialversicherung. Dies würde die Sozialversicherung überlasten und hohe Bürokratiekosten verursachen. Das Bonussystem ist auf drei Jahre zu befristen. Es ist besser eine direkte Ausbildung zu finanzieren als eine Ersatzmaßnahme.

Gemeinsames Ziel ist, dass in diesem Jahr nicht nur alle Schulabgänger eine berufliche Perspektive erhalten, sondern dass ein Großteil der Altbewerber vermittelt wird. Schon heute verliert die Wirtschaft jährlich 3,5 Milliarden Euro an Aufträgen, weil nicht genügend Ingenieure ausgebildet wurden. Zukünftig droht ein Facharbeitermangel, der mit massiven Wachstumsverlusten einhergehen wird. Umso wichtiger ist die Botschaft, keiner darf verloren gehen: „Ausbildung für Alle“.